

Tagesspiegel Leute Pankow

Neues Bündnis gegen Nachverdichtung fordert "nachhaltige" Stadtplanung

Veröffentlicht am 03.06.2021 von Christian Hönicke

Ein neues Großbündnis will Grün- und Sozialflächen in der ganzen Stadt erhalten. Es heißt [„Berliner Bündnis Nachhaltige Stadtentwicklung“](#) und hat sich vor kurzem gegründet. Ihm gehören insgesamt 17 Initiativen aus ganz Berlin an, die laut Eigendarstellung „für den Schutz und die Erhaltung von Bäumen, Grün- und Sozialflächen, für gesunde Wohn- und Lebensbedingungen und eine sinnvolle und an die Bedürfnisse der Menschen angepasste Infrastruktur in den Berliner Kiezen“ kämpfen. Am Sonnabend um 11 Uhr will das Bündnis dafür vor dem Brandenburger Tor demonstrieren.

Mit dabei sind auch zahlreiche Anwohnerinitiativen aus Pankow, darunter der „Verein für Lebensqualität an der Michelangelostraße“, „Grüner Kiez Pankow“, „Klimafreundliches Pankow“, die Bürgerinitiative Jahnsportpark, die Anwohnerinitiative Ernst-Thälmann-Park und die Bürgerinitiative Vesaliuskiez.

Seinen Ursprung hat das neue Bündnis in den „Vereinigten Berliner Bürgerinitiativen für die Erhaltung von Grünflächen in bestehenden Wohnquartieren“, das im vorigen Jahr entstand. Darin schlossen sich zwölf Initiativen zusammen, deren Wohnquartiere aus der Nachkriegszeit gemäß Stadtentwicklungsplan 2030 „nachverdichtet“ werden sollen – etwa die Gesobau-Anlagen [am Schlosspark Schönhausen](#) und im Vesaliuskiez.

Im neuen Zusammenschluss sind all diese Initiativen auch dabei, „aber das Spektrum ist weiter gefasst“, teilt **Britta Krehl** vom „Grünen Kiez Pankow“ mit. „Es geht um nachhaltige, zukunftsfähige, gesunde Stadtentwicklung in allen Bereichen.“ Man wolle auch die Kleingärten und die „Freunde“ und Unterstützer öffentlicher Parks und Grünflächen erreichen und zum Mitmachen einladen.

Das Bündnis räumt ein, dass Berlin dringend bezahlbaren Wohnraum benötigt. Doch es fehle an einer nachhaltigen Planung, stattdessen „wird derzeit nachverdichtet und versiegelt, wo bisher Grünoasen Frischluft für die Großstadt erzeugen und das Stadtklima sichern“. Die betroffenen Siedlungen und Wohnanlagen seien „mit sinnvoller, bedarfsgerechter Infrastruktur und umliegenden Grün- und Sozialflächen geplant worden“, die nun weitgehend zerstört werden solle. „Wir fordern eine echte Bürgerbeteiligung auf Basis geänderter gesetzlicher Vorgaben und die Änderung der Berliner Bauvorschriften.“